

235. Sitzung des Grossen Gemeinderates

22. Juni 2015, 19:00 Uhr, Kirchgemeindehaus, Spiez

Vorsitz	Jürg Staudenmann, GGR-Präsident
Anwesende Mitglieder	<p>BDP Patrick Bürchler Heinz Egli Silvia Egli Martin Peter</p> <p>EDU Benjamin Carisch</p> <p>EVP Andreas Bürki Anna Fink Jürg Leuenberger Markus Wenger</p> <p>FDP Andrea Frost Rolf Schmutz Monika Wenger Rino Werren</p> <p>FS/ GLP Louise Bamert René Barben Pia Hutzli Matthias Maibach</p> <p>GS Dani Brügger Nadja Keiser Anna Katharina Zeilstra</p> <p>SP Ruedi Bernet Didier Bieri Marianne Hayoz Wagner Walter Holderegger Roland Müller André Sopranetti Albert Trummer</p> <p>SVP Alfred Dummermuth Andreas Grünig Hans Leuthold Jürg Staudenmann Rudolf Thomann Ueli Zimmermann Peter Zurbrügg Markus Zurbuchen</p>
Anwesend zu Beginn	35 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Vertreter Jugendrat	--

Sekretär	Konrad Sigrist	
Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Svend Peternell Jürg Spielmann Malte van der Koelen	Berner Oberländer Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	5 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Franz Arnold Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Christoph Hürlimann Monika Lanz Ursula Zybach	SP SVP SVP EVP FS FDP SP
Abteilungsleiter	Toni Balett, Abteilungsleiter Bildung Roland Dietrich, Abteilungsleiter Bau Renato Heiniger, Abteilungsleiter Sicherheit Reto Lüthi, Abteilungsleiter Finanzen Stv.	
Entschuldigt	Ueli Haldimann (Ferien)	(FS/GLP)

E R Ö F F N U N G

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, die Abteilungsleiter, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 235. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Traktandenliste

- 202 Protokoll der Sitzung vom 27. April 2015
- 203 Kantonales Kulturförderungsgesetz / Beitritt zum Gemeindeverband
- 204 Seebuslinie Spiez / Jährlicher Beitrag / Motion FS/GLP-Fraktion (M. Maibach)
- 205 Liegenschaft Asylstrasse 3 / Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 1'108'000.00 und Kaufvertrag
- 206 Teilgebiet Niederhornweg / Sanierung Kanalisation, Verpflichtungskredit von Fr. 192'000.00
- 207 Jahresrechnung und -bericht 2014
- 208 Informationen des Gemeindepräsidenten
- 209 Sandanlage Spiez / Einfache Anfrage P. Bürchler (BDP)
- 210 Parkplatzsituation Oberlandstrasse 12 und 14 / Einfache Anfrage M. Peter (BDP)
- 211 Schuldenplafonierung / Motion SVP-Fraktion (R. Thomann)

- 212 Prüfung des Verkaufs der nicht von der Gemeinde genutzten Räumlichkeiten im GZ Lötschberg / Motion FS/GLP-Fraktion (P. Hutzli)
- 213 Abschaffung NPM / Motion FDP-Fraktion (R. Schmutz)
- 214 Stellenetat der Gemeinde / Motion FDP-Fraktion (R. Werren)
- 215 Attraktives Ortszentrum Spiez / Motion SP-Fraktion (M. Hayoz Wagner)
- 216 Partizipations-Motion für AusländerInnen / Motion GS (A.-K. Zeilstra)

V e r h a n d l u n g e n

202 13 Protokoll

Protokoll der Sitzung vom 27. April 2015

Das Protokoll wird genehmigt.

203 1.1100 Bund, Kanton und Gemeinden

Kantonales Kulturförderungsgesetz / Beitritt zum Gemeindeverband

Ausführungen des Gemeinderates

Monika Lanz: Es handelt sich um ein relativ komplexes Geschäft. Das kantonale Kulturförderungsgesetz wird im Jahr 2017 in Kraft gesetzt. Dieses Thema hat einige Diskussionen betreffend Regionalkonferenz ausgelöst. Mit dem neuen Kulturförderungsgesetz hat man nur Anrecht auf finanzielle Leistungen des Kantons, wenn man in einer Regionalkonferenz vertreten ist. Da es in unserer Region keine Regionalkonferenz gibt, muss ein Gemeindeverband gegründet werden. Unter Federführung des Regierungsstatthalteramtes wurde eine Arbeitsgruppe installiert. Es wurde abgeklärt, wie ein solcher Verband gegründet werden kann und welche Institutionen in Frage kommen. Da Vizegemeindepräsidentin Jolanda Brunner in der Arbeitsgruppe und in der Regionalen Kulturkonferenz Thun vertreten ist, erklärt sie, wie dieser Gemeindeverband entstanden ist.

Jolanda Brunner: Die regionale Kulturkonferenz Thun entspricht weder dem Perimeter der seinerzeit vorgesehenen Regionalkonferenz noch einem Perimeter eines Verwaltungskreises. Bei der Einsetzung der Arbeitsgruppe war noch nicht klar, welches die beste Lösung für die Gemeinde Spiez ist. Es wurde abgeklärt, welche Institutionen im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental in Frage kommen. Es wurde festgestellt, dass das allgemeine Kulturverständnis nicht unbedingt das gleiche ist, wie dies die Erziehungsdirektion des Kantons Bern versteht. Die Bedingungen des Kantons sind, dass die Kulturinstitutionen einen gewissen Umsatz generieren, einen Finanzierungsbedarf aufweisen, welcher nicht gedeckt werden kann, ein ganzjähriges Sekretariat haben etc. Auf der anderen Seite muss aber ein gewisser Bezug zu diesen Institutionen bestehen. Deshalb hat jede Gemeinde abgeklärt, welche Kulturinstitutionen in Frage kommen könnten. Dabei wurden viele verschiedene Institutionen und Organisationen genannt. In Adelboden gibt es das „Vogellisi-Festival“. Dies ist für die breite Bevölkerung viel mehr Kultur als das „Swiss Chamber Music Festival“ in Adelboden. Die Kriterien des Kantons mussten aber berücksichtigt werden. Deshalb gab es am Schluss vier Institutionen, welche in Frage kommen. Dies sind die Bibliothek Spiez, das Schloss Spiez, das Agensteinhaus Erlenbach und das Swiss Chamber Music Festival Adelboden. Nach der neuen Kulturgesetzgebung müssen die Standortgemeinden 50 %, der Kanton 40 % und die Verbandsgemeinden die restlichen 10 % übernehmen. Zuerst musste abgeklärt werden, wie viel die betroffene Gemeinde heute an diese Institutionen bezahlt. Ist diese bereit 50 % des Finanzierungsfehlbetrages zu übernehmen oder zahlt sie dies heute schon. Erschwerend kam hinzu, dass gerade in dieser Zeit verschiedene Kulturbeiträge erhöht worden sind (z.B. Bibliothek Spiez). Nachdem die Institutionen bekannt waren, wurden verschiedene Berechnungen vorgenommen. Es war am naheliegendsten dem Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental beizutreten, da wir keiner Regionalkonferenz angehören. Sollte in Zukunft die Regionalkonferenz wieder

ein Thema werden, wird man die Situation erneut prüfen. In Thun zahlen wir Beiträge an das Schlossmuseum, die Bibliothek, das Kunstmuseum, die Kunstgesellschaft und das Stadorchester. Wir konnten Abzüge für unsere Bibliothek und unser Schloss vornehmen. Das Schloss Oberhofen erhält aber keine Gelder. Wir müssen dafür besorgt sein, dass unsere Kulturinstitutionen zu ihrem Geld kommen.

Monika Lanz: Der Sitz des Gemeindeverbandes soll in Spiez sein, da die zwei grossen Kulturgüter in Spiez sind (Bibliothek und Schloss). Es geht nun darum, mit den Kulturinstitutionen Leistungsvereinbarungen abzuschliessen und mit dem Kanton Verhandlungen zu führen. Man versuchte eine möglichst schlanke Struktur zu schaffen. Das Sekretariat soll durch die Gemeindeverwaltung geführt werden. Heute wendet die Gemeinde rund Fr. 150'000.00 für die Unterstützung der Spiezer Kulturinstitutionen auf (ohne Bibliothek). An die regionale Kulturkonferenz bezahlen wir Fr. 25'000.00 pro Jahr. Man rechnet in Zukunft mit ähnlichen Beträgen. Die anderen 12 Gemeinden des Verwaltungskreises Frutigen-Niedersimmental haben dem Beitritt zum Gemeindeverband an ihren Gemeindeversammlungen zugestimmt. Letzte Woche haben rund 30 Vertreterinnen und Vertreter dieser Gemeinden die Kulturinstitutionen in Spiez (Bibliothek und Schloss) besucht. Der Anlass wurde sehr geschätzt.

Stellungnahme der Sachkommission Bildung/Kultur

Pia Hutzli: Die Sachkommission Bildung/Kultur hat das Geschäft beim Abteilungsleiter Bildung Toni Balett geprüft. Dabei haben noch einige Informationen gefehlt. Diese wurden nun vorhin mündlich ergänzt. Die Sachkommission bekundete auch Mühe damit, dass ein Reglement mit vollendeten Tatsachen vorgelegt wird. Es wurde vermisst, dass der GGR über die Verhandlungen mit den Gemeinden des Verwaltungskreises Frutigen-Niedersimmental informiert wird. Man hätte sich diese Kommunikation gewünscht. Diese Informationen kamen nun eher spät. Es handelt sich um ein komplexes Geschäft und die Gemeinde Spiez muss handeln. In den Unterlagen fehlte aber die Vorgeschichte, wie es zu dieser Entscheidung kam. Warum hat man den Weg mit den Gemeinden des Verwaltungskreises Frutigen-Niedersimmental gewählt und nicht mit der Region Thun und wie sind die finanziellen Auswirkungen? Dazu gab es keine Unterlagen. Das Geschäft wurde auch nicht der Kulturkommission unterbreitet. Toni Balett konnte der Sachkommission zu den meisten Fragen Auskunft geben. Die Sachkommission findet, dass das Organisationsreglement schlank gehalten und die Organisation kostengünstig geplant ist. Die Sachkommission Bildung beantragt, auf das Geschäft einzutreten auch im Bewusstsein, dass wir von Spiez aus mit diesem Entscheid ein Signal an die Täler senden.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher

Ruedi Bernet (SP): Pia Hutzli hat relativ nett über dieses Geschäft gesprochen. Die Sachkommission war anfänglich der Ansicht, das Geschäft zurückzuweisen. Es kann nicht sein, dass in den Unterlagen kein Wort davon steht, dass es Alternativen gegeben hätte. Es wird ein Reglement vorgelegt und zu diesem kann der GGR nur noch ja sagen. Eine Rückweisung wäre aber nicht zielführend gewesen, da die Gemeinde in diesem Bereich etwas unternehmen muss. Das Thema hätte aber einmal im GGR thematisiert werden können. Im Gegensatz zu den Tälern besteht zum ERT-Raum eine grössere Beziehung im kulturellen Bereich (z.B. Musikschule). Es wäre interessant gewesen zu erfahren, wie der Gemeinderat zu diesem Entscheid kam. Dies wurde nun vorhin mündlich ausgeführt. Er dankt für diese Informationen, diese kamen jedoch für die Fraktion der SP zu spät. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft gleichwohl zustimmen. Man wünscht sich aber, dass der Gemeinderat nach wie vor mithilft, die Regionalkonferenz zu fördern. Die Regionalkonferenz

behandelt überregionale Planungsfragen, den öffentlichen Verkehr und auch die Kultur ist dort am richtigen Ort angesiedelt.

Rolf Schmutz (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Die FDP-Fraktion findet es sinnvoll, ein neues Gefäss im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental zu bilden. Gemäss Kulturförderungsgesetz muss die Gemeinde einer Regionalkonferenz oder einem Gemeindeverband angehören. Nur so erhalten wir Beiträge an die anerkannten Kulturinstitutionen (Bibliothek und Schloss). Einzig die finanziellen Auswirkungen sind noch nicht ganz klar. Dies wird aber im bisherigen Rahmen bleiben.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 33 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 39 e) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Dem Beitritt zum Gemeindeverband „Umsetzung Kulturförderungsgesetz im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental sowie dem Organisationsreglement wird zugestimmt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 39 e) der Gemeindeordnung.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

204 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Seebuslinie Spiez / Jährlicher Beitrag / Motion FS/GLP-Fraktion (M. Maibach)

Ausführungen des Gemeinderates

Christoph Hürlimann: Die Seebuslinie wurde im Jahre 1991 eingeführt. Es gibt Gründe, welche für und solche, welche gegen diese Linie sprechen. Für den Bus spricht, dass er nicht nur für Touristen, sondern auch für Einheimische praktisch ist. Es gibt Leute, welche nicht so gut „zu Fuss“ und froh um den Bus sind. Nur ein Teil der Touristen, welche mit dem Schiff in Spiez ankommen, benützen den Bus (rund 1/6). Es handelt sich auch um eine gewisse Imagepflege für den Tourismus. Wenn ein Tourist in Spiez mit dem Schiff ankommt und zu Fuss zum Bahnhof gelangen oder ein Taxi organisieren muss, ist dies für den Tourismus kein Aushängeschild. Gegen den Bus sprechen die Kosten. Wir haben immer ein Defizit ausgewiesen. Es muss noch folgende Korrektur zum Zeitungsbericht im Berner Oberländer angebracht werden: Nicht die Spiez Marketing AG sondern Spiez Tourismus hat bisher einen Beitrag von Fr. 5'000.00 an den Bus bezahlt. Der Gemeinderat und die vorberatende Sicherheitskommission sagen ganz klar ja zur vorliegenden Variante. Diese Variante beinhaltet nur noch die Hälfte der bisherigen Kosten (Fr. 20'000.00) und eine Korrektur des Angebotes (ein Monat weniger und am Morgen Streichung von zwei Busverbindungen). Deshalb gab es ein wesentlich besseres Angebot der Postauto AG und der BLS. Der Gemeinderat beantragt, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und die Motion nicht überweisen zu lassen.

Stellungnahme der Sachkommission Sicherheit

Roland Müller: Die Mitglieder der Sachkommission haben das Geschäft bei Renato Heiniger, Abteilungsleiter Sicherheit, am 5. Juni 2015 geprüft. Die Fragen konnten alle beantwortet werden. Das Geschäft wurde sorgfältig und ordnungsgemäss vorbereitet. Es kann bedenkenlos darauf eingetreten werden.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher

André Sopranetti (SP): Es ist kaum überraschend, dass die SP-Fraktion keine Freude daran hat, wenn bei einem Angebot des öffentlichen Verkehrs Linien gestrichen werden. Aber die SP-Fraktion ist sich auch im Klaren, dass man im Kontext mit der finanziellen Lage eine Lösung ausarbeiten musste, welche Hand und Fuss hat. Der Antrag des Gemeinderates ist nach Betrachtung der Hintergründe eine gute Sache. Die SP-Fraktion wird dem Antrag grossmehrheitlich zustimmen.

Ulrich Zimmermann (SVP): Die Seebuslinie ist ein Geschäft, welches die Gemüter spaltet. Die SVP-Fraktion hat sich intensiv über die Zukunft dieser Verbindung unterhalten. Einige Mitglieder wollen die Motion unterstützen und die Linie abschaffen, da kein Geld aus dem öV-Topf für diese Linie zur Verfügung steht (touristische Linie). Die anderen sind der Ansicht, dass dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen ist. Das Angebot wird zwar gekürzt, aber es bleibt ein Angebot zwischen Bucht und Bahnhof erhalten. Wenn man auf dieses Angebot verzichtet, wird ein schlechtes Signal gegen aussen gesendet. Die Reputation könnte Schaden nehmen. Dies wäre wohl nicht im Sinne von Spiez und seinen Gästen. Die SVP-Fraktion hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Markus Wenger (EVP): Die Seebuslinie ist eine Art Marketingprojekt von Spiez und dem Tourismus. Wie wir alle wissen, ist es üblicherweise so, dass Geld, welches man im Marketing ausgibt, zur Hälfte „weggeworfenes“ Geld ist. Der Gemeinderat schlägt vor, die bisherigen Ausgaben von Fr. 40'000.00 auf Fr. 20'000.00 zu halbieren. Man konzentriert sich also nur noch auf die Ausgaben, welche etwas bringen. Ob dies tatsächlich so sein wird, können wir heute nicht beantworten. Die EVP-Fraktion kann den Antrag des Gemeinderates unterstützen.

Monika Wenger (FDP): Die Seebuslinie beschäftigt die Gemüter seit Jahren. Auch die FDP-Fraktion hat sich immer wieder folgende Gedanken gemacht:

- Wie kann man diese Linie erhalten
- Ist sie sinnvoll oder kann sie ganz abgeschafft werden
- Die Kosten-/Nutzen-Frage
- Handelt es sich um eine Dienstleistung für Einheimische
- Muss sie aus touristischen Gründen unbedingt erhalten bleiben

Die FDP-Fraktion ist froh, dass man mit der vorliegenden Lösung einen guten Kompromiss gefunden hat. Für die Befürworter wie auch für die Gegner konnte eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und die Motion ablehnen.

Heinz Egli (BDP): Die BDP-Fraktion zeigt sich erfreut, dass die FS/GLP-Fraktion einen Vorstoss zum Sparen eingereicht hat. Dies ist ein Zeichen in die richtige Richtung. Der Vorstoss zeigt auf, dass die Angelegenheit vertieft geprüft wurde und nun der Gemeindebeitrag um die Hälfte redu-

ziert werden kann. Dies ist ein erfreuliches Zeichen. Da die Gemeindefinanzen arg strapaziert sind, ist die BDP-Fraktion klar der Ansicht, auch gestützt auf die Stellungnahme der SMAG, weiter zu sparen und die Seebuslinie gänzlich zu streichen. Die BDP-Fraktion wird den Antrag des Gemeinderates ablehnen und die Motion unterstützen.

Allgemeine Diskussion

Walter Holderegger: Als Buchtanwohner, Mitglied der Sicherheitskommission und SP-Mitglied beantragt er, dem Kompromiss zuzustimmen. Es wäre ein Reputationsschaden von grösserer Bedeutung, wenn diese Buslinie gestrichen würde. Dies würde gegen aussen ein völlig falsches Signal senden. Unsere Gäste sind vor allem Touristen. Die Hoteliers würden den Gästen raten, nicht mehr in Spiez auszusteigen, da es keine Busverbindung mehr zu den Hotels gibt. Die Haltestelle an der Bubenbergstrasse müsste gut ausgeschildert werden, sonst finden die Touristen den Weg nicht. Die japanischen Touristen nehmen den Weg vom Bahnhof direkt über die Rogglimatte in den Seegarten. Er ist Vater eines behinderten Sohnes im Rollstuhl und er weiss, dass es für Leute mit Gehbehinderungen nicht so einfach ist, zu Fuss zur Bubenbergstrasse zu gelangen. Er bittet, diese Faktoren zu beachten und diesem Kompromiss zuzustimmen.

Andreas Grünig: Sparen ist gut und recht, aber nur dort, wo es sinnvoll ist. Zugegeben, manchmal ist es etwas schwierig abzuschätzen, wo es sinnvoll ist und wo nicht. Aber hier ist er überzeugt, dass die Fr. 20'000.00 pro Jahr wiederkehrend gut angelegt sind. Spiez hat vier Super-Werbeträger: Rebberg mit Weinkultur und Regezhause, Schloss mit Schlosskirche, Bucht mit Sandanlage und einen internationalen Bahnknotenpunkt. Nun sollen diese vier Punkte nicht mehr mit dem öV verbunden werden. Spiez soll totgespart werden. Er ist überzeugt, dass diese Aufhebung einen grossen Schaden anrichten würde. Spiez würde noch einmal mehr zur Provinz mutieren. Wir hätten einen grossen Imageschaden zu verzeichnen. Wer von uns will dies schon. Er setzt sich dafür ein, die Fr. 20'000.00 zu bewilligen und damit die Motion nicht zu überweisen. Damit das Gastgewerbe und die Geschäfte etwas davon haben, braucht es zwingend Zwischenstopps. Er stellt deshalb folgenden Zusatzantrag: Der Beitrag von Fr. 20'000.00 ist zu bewilligen, wenn mindestens zwei Zwischenstopps Richtung See und mindestens drei Zwischenstopps Richtung Bahnhof gewährleistet sind. Dies ist heute bereits so. Er will aber verhindern, dass plötzlich die Zwischenstopps aus irgendwelchen Gründen (fahrplantechnisch, finanziell) wegrationalisiert werden.

Stellungnahme des Motionärs

Matthias Maibach: Das Resultat der weiteren Verhandlungen der Gemeinde Spiez mit den Leistungspartner ist auch für ihn sehr erfreulich. Umstritten bleibt, ob die Linie für den Tourismus förderlich ist oder nicht, wenn die Touristen direkt von der Bucht zum Bahnhof transportiert werden und so eine Wertschöpfung für die Gaststätten ausbleibt. Dies kann auch eine Umfrage unter den Dienstleistern in der Region Bucht nicht abschliessend beantworten. Auch der allfällige Imageschaden ist schwer abzuschätzen. Alternativen sind das Spiezer Zügli und die Bushaltestelle an der Schachenstrasse. Er hofft jedoch, dass es in den nächsten Jahren möglich sein wird, die Seebuslinie in den öffentlichen Verkehr zu integrieren (z.B. Ortsbus Bucht – Hondrich via Bahnhof). Ein solches Vorhaben nach einer allfälligen Aufhebung umzusetzen, könnte sich als sehr schwer erweisen. Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Für die FS/GLP-Fraktion ist es sehr erfreulich, dass mit der neuen Lösung 50 % der Kosten eingespart werden können. Im Sinne des Gemeinderates **zieht er die Motion zurück.**

Christoph Hürlimann: Heute haben wir bereits drei Stopps Richtung Bahnhof und zwei Richtung Bucht. Es braucht deshalb keinen zusätzlichen Antrag. Er kann versprechen, dass die Stopps so bleiben.

Abstimmung über den Zusatzantrag von Andreas Grünig

- Der Antrag von Andreas Grünig betreffend Beibehaltung von zwei Zwischenstopps Richtung Bucht und drei Zwischenstopps Richtung Bahnhof wird mit **8 : 12 Stimmen abgelehnt**

Beschluss (mit grossem Mehr)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 b) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Der Weiterführung der touristischen Seebuslinie ab 2016 wird zugestimmt.
2. Hiefür wird ein jährlich wiederkehrender Beitrag von maximal von Fr. 20'000.00 zu Lasten der laufenden Rechnung bewilligt
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

205 8.401 Gemeindeliegenschaften

Liegenschaft Asylstrasse 3 / Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 1'108'000.00 und Kaufvertrag

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Beim Betrachten des Übersichtsplanes wird schnell klar, warum der Gemeinderat ein grosses Interesse an dieser Liegenschaft bekundet. In der Umgebung hat die Gemeinde bereits Grundeigentum und könnte diese Fläche mit der Liegenschaft Asylstrasse 3 arrondieren. Die Gemeinde hat mit den Liegenschaftsbesitzern Verhandlungen geführt und den Verkaufspreis auf Fr. 1.1 Mio. festgelegt. Die Liegenschaft wird nicht für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben benötigt. Das heisst, dass die Liegenschaft ins Finanzvermögen eingestellt wird. Die Mietverträge sind so ausgestaltet, dass diese zur Zeit einen Gewinn abwerfen. Mit Liegenschaften im Finanzvermögen kann anders reagiert oder gehandelt werden als mit solchen im Verwaltungsvermögen.

Stellungnahme der GPK

Nadja Keiser: Sie hat sich zusammen mit René Barben bei Stefan Christen über das Geschäft informieren lassen. Es handelt sich um einen strategischen Entscheid. In diesem Bereich soll für die Gemeinde eine planerische Freiheit geschaffen werden. Der Prozess ist ordnungsgemäss abgelaufen und die GPK hat keine Einwände gegen das Eintreten auf dieses Geschäft.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher

Andreas Grünig (SVP): Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, Liegenschaften oder Häuser zu kaufen, welche ins Finanzvermögen eingestellt werden. Insbesondere wenn es sich um Privatliegenschaften handelt. Die Debatte über die Liegenschaft „Räumli“ ist noch guter in Erinnerung. Auf der anderen Seite ist die Überlegung des Ge-

meinderates nachvollziehbar. Der Übersichtsplan zeigt die strategischen Möglichkeiten deutlich und zeigt die zukünftig möglichen Optionen auf. Reicht dies aber um diesem Geschäft mit Kosten von Fr. 1.1 Mio. zuzustimmen? Die Rechnung muss am Schluss noch aufgehen. Um dies zu beurteilen, fehlen verschiedene Grundlagen. Die SVP-Fraktion wäre froh gewesen, wenn folgende Informationen vorgelegen hätten:

- Schätzung der Liegenschaft
- Mietzinserträge
- Zustand des Hauses
- Renovationsbedarf
- Wann wurden die letzten Investitionen vorgenommen.

Diese Informationen haben gefehlt. Die SVP-Fraktion wäre froh, wenn diese Unterlagen dem GGR vorgängig vorgelegt würden. Die SVP-Fraktion wird aus zukunftsorientierten Überlegungen dem Geschäft zustimmen. Dies allerdings mit einem leichten Unsicherheitsgefühl.

Jürg Leuenberger (EVP): Der Kauf der Liegenschaft Asylstrasse 3 ist wichtig für die strategische Entwicklung des Gebietes Seematte. Es ist eine Investition in die Zukunft. Der Kaufpreis wurde auf Grund einer Verkehrswertschätzung festgelegt. Die Liegenschaft wirft im Moment noch eine Rendite ab. Die EVP-Fraktion kann dem Geschäft zustimmen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 35 : 0 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 39 a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Kauf der Liegenschaft Asylstrasse 3, Spiez und dem Kaufvertrag wird zugestimmt.
2. Hiefür wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 1'108'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 39 a) der Gemeindeordnung.
4. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Vollzug des Geschäftes dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.
5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

206 4.800 Abwasseranlagen**Teilgebiet Niederhornweg / Sanierung Kanalisation, Verpflichtungskredit von Fr. 192'000.00****Ausführungen des Gemeinderates**

Klaus Brenzikofer: Wenn man in Spiez etwas Bauen will, ergibt sich meistens die Situation, dass auch der Abwasserbereich näher betrachtet werden muss. Diese Projekte sind meistens nicht so prestigeträchtig wie eine Busverbindung an den See. Das Abwassernetz der Gemeinde Spiez kommt langsam in die Jahre. Auch hier am Niederhornweg hat sich im Zusammenhang mit einem Bauprojekt ein Sanierungsfall ergeben. Die betroffene Leitung ist bereits im Generellen Entwässerungsplan (GEP) enthalten. Teilweise ist diese Leitung bereits undicht. Es handelt sich um relativ steiles Gelände und so läuft austretende Abwasser nicht sichtbar ab. Für die Sanierung muss ein Kredit von Fr. 192'000.00 aus der Spezialfinanzierung Abwasser bewilligt werden. Die Sanierung muss dringend ausgeführt werden. In diesem Gebiet gibt es weiteren Nachholbedarf im Abwasserbereich. Bei grösseren Neubauten muss meistens auch die Kapazität im Abwasserbereich ausgebaut werden.

Stellungnahme der Sachkommission Planung, Umwelt, Bau

Daniel Brügger: Die Sachkommission hat das Geschäft am 10. Juni 2015 bei der Abteilung Bau geprüft. Das Projekt wurde erklärt und alle Fragen und Unklarheiten wurden beantwortet. Bei der Vergabe der Arbeiten wird wahrscheinlich die gleiche Firma berücksichtigt, welche das Neubauvorhaben ausführt. Gemäss Auskunft der Abteilung Bau macht dies Sinn, weil so eine bessere Bauqualität und weniger Leerlauf bei der Bauleitung erwartet werden kann. Die Sachkommission empfiehlt, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Projekt Sanierung Kanalisation Teilgebiet Niederhornweg wird zugestimmt.
2. Hiefür wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 192'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung (Spezialfinanzierung Abwasser) bewilligt.
3. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Beendigung der Arbeiten dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

207 8.201 Gemeinderechnung Jahresrechnung und -bericht 2014

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Die Laufende Rechnung schliesst nach Vornahme der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabschreibungen mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 0.29 Mio. ab. Gegenüber dem Voranschlag 2014 ergibt sich eine Besserstellung von Fr. 2.11 Mio. Der Aufwandüberschuss von 0.29 Mio. wird dem Eigenkapital belastet, welches per 31.12.14 noch einen Bestand von Fr. 5.73 Mio. hat.

Die Investitionsrechnung schliesst bei aktivierten Ausgaben von Fr. 6.59 Mio. und passivierten Einnahmen von Fr. 0.42 Mio. mit Nettoinvestitionen von Fr. 6.60 Mio. ab. Den Nettoinvestitionen steht eine Selbstfinanzierung von Fr. 8.34 Mio. gegenüber. Der Finanzierungsüberschuss beträgt Fr. 1.74 Mio., was einem Selbstfinanzierungsgrad von 126.46 % entspricht.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Jahr 2014 einmalige Erträge aus Mehrwertabschöpfungen von Fr. 6.5 Mio. in die Laufende Rechnung geflossen sind. Von diesen Fr. 6.5 Mio. verbleiben gemäss Reglement 20 % in der Laufenden Rechnung. 80 % oder Fr. 5.2 Mio. werden in die Spezialfinanzierung Mehrwertabschöpfungen eingelegt. Dementsprechend verbleiben Fr. 1.3 Mio. in der Laufenden Rechnung und verbessern das Rechnungsergebnis. Diese Fr. 1.3 Mio. sind ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Besserstellung von 2.11 Mio.

Bei der schematischen Darstellung der Jahresrechnung ohne Spezialfinanzierungen und Mehrwertabschöpfungen beträgt die Selbstfinanzierung jedoch nur noch Fr. 1.74 Mio. und es entsteht ein Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 4.86 Mio. Ohne die Einlage der 80 % Mehrwertabschöpfungen von Fr. 5.2 Mio. und die Einlagen der übrigen Spezialfinanzierungen sinkt also die Selbstfinanzierung von Fr. 8.34 Mio. auf Fr. 1.74 Mio. Dies verdeutlicht, dass ohne die einmaligen Mehrwertabschöpfungen das Kernproblem in der ungenügenden Selbstfinanzierung liegt. Die Selbstfinanzierung (Möglichkeit Investitionen zu finanzieren oder Schulden abzubauen) ist seit dem Jahr 2012 laufend kleiner geworden.

Wir haben in den Jahren 1990 bis 2014 für Fr. 111.75 Mio. Investitionen getätigt. Im Durchschnitt sind dies Fr. 4.47 Mio. pro Jahr.

In der gleichen Zeit haben wir Abschreibungen von Fr. 110.79 Mio. oder Fr. 4.43 Mio. getätigt. Folglich konnten die Investitionen fast vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Auffällig ist aber der Trend seit dem Jahr 2012. Die Abschreibungen sind laufend gesunken und liegen unter dem langjährigen Durchschnittswert von rund Fr. 4.5 Mio. Umgekehrt liegen die Investitionstranchen der Jahre 2012 – 2014 über dem langjährigen Durchschnitt. Die Investitionen können wir beeinflussen. Bei der Selbstfinanzierung der Erfolgsrechnung (heute noch Laufende Rechnung) ist das schon etwas schwieriger.

Seit dem Jahr 2001 sind die gesamten Verpflichtungen kontinuierlich gesunken. Sie erhöhen sich ab dem Jahr 2013 um Fr. 5.6 Mio. Hauptgrund sind die Einlagen der Mehrwertabschöpfungen von Fr. 5.2 Mio. Gegenüber dem Steuerhaushalt sind die Reserven der Spezialfinanzierungen als «Schulden» zu verstehen. Aus Sicht der Spezialfinanzierungen sind sie umgekehrt deren «Eigenkapital», auf welches die Spezialfinanzierungen in späteren Jahren zurückgreifen können.

Der Blick auf die letzten 5 Jahre zeigt eindrücklich die negative Entwicklung der Selbstfinanzierung: diese sinkt kontinuierlich von 8.09 Mio. (2009) auf Fr. 770'000 im Jahr 2013.

Das Jahr 2014 ist wie erwähnt ein spezielles Jahr: Rechnen wir die einmaligen Erträge der Mehrwertabschöpfungen ein, ergibt dies ein positives Bild: Die Selbstfinanzierung ist mit Fr. 8.34 Mio. höher als im Jahr 2009. Die Investitionen können zu 100 % aus eigenen Mitteln finanziert werden

und es entsteht sogar ein positiver Finanzierungserfolg von Fr. 1.74 Mio. Das Bild ohne Mehrwertabschöpfungen sieht dagegen wesentlich schlechter aus. Bei dieser Darstellung liegt die Selbstfinanzierung etwa im Vergleich zum Vorjahr 2013.

Die Differenz zwischen der Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen ist der Finanzierungserfolg. Da die Jahre 2012 bis 2014 von hohen Investitionen geprägt sind und sich die Selbstfinanzierung in dieser Zeit rückläufig entwickelt hat, werden entsprechend negative Finanzierungserfolge ausgewiesen.

Der Grund, dass die Selbstfinanzierung laufend gesunken ist, liegt nicht bei der hohen Investitionstätigkeit, sondern ist vor allem auf den überdurchschnittlichen Anstieg der Beiträge an die Lastenausgleichssysteme zurückzuführen. Gleichzeitig stagnieren die Erträge aus den Gemeindesteuern, was auf die Steuergesetzrevision 2011 und Senkung der Steueranlage im Jahr 2012 zurückzuführen ist.

Steigt der Steuerertrag vom Jahr 2009 zum Jahr 2014 von 28.2 Mio. auf 29.4 Mio. um Fr. 1.2 Mio. oder 4.3 %, steigen auf der Aufwandseite die Beiträge an die Lastenausgleichssysteme von Fr. 12.7 Mio. auf Fr. 16.8 Mio. um Fr. 4.1 Mio. oder 32.3 %.

Der Handlungsspielraum, resp. die Selbstfinanzierung für den Gemeindefinanzhaushalt verkleinert sich in den letzten 5 Jahren um Fr. 2.9 Mio. von 15.5 Mio. auf 12.6 Mio.

Lieferten wir im Jahr 2009 45 % des Steuerertrages gleich wieder an den Kanton für die Lastenausgleichssysteme ab, sind es im Jahr 2013 57.1 %. Anders gesagt: Im Vergleich zum Jahr 2009 fehlen Fr. 2.9 Mio. zur Finanzierung der gemeindeeigenen Aufgaben. Auf der Einnahmenseite bilden die Steuern mit einem Anteil von 40 % die grösste Ertragsart. Erfreulich ist sicher die Trendwende im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2013. Die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen machen in Spiez mit Fr. 23.96 Mio. rund 82 % des gesamten Steuerertrages aus. Dieser Anteil ist im Vergleich mit anderen Gemeinden hoch und Spiez ist damit weniger von den Erträgen der juristischen Personen abhängig. Der hohe Anteil der natürlichen Personen wirkt sich entsprechend stabilisierend auf die Entwicklung des gesamten Steuerertrages aus und wir sind weniger konjunkturellen Einflüssen unterworfen.

In der Periode 2010 bis 2014 hat die kantonale Steuergesetzrevision 2011 (Ausgleich der kalten Progression, zusätzliche Entlastungen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen) sowie die Senkung der Steueranlage von 1.67 auf 1.65 ab dem Jahr 2012 ihre Spuren hinterlassen. Positiv ist festzustellen, dass der Steuerertrag im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1.22 % gestiegen ist und in etwa wieder den Wert aus dem Jahr 2012 ausweist.

Im Vergleich zu den Einkommens- und Vermögenssteuern ist der Anteil der Gewinn- und Kapitalsteuern, also der Steuerertrag der juristischen Personen mit Fr. 1.63 Mio. oder rund 6 % des Gesamtsteuerertrages relativ bescheiden. Aber auch bei den juristischen Personen ist erfreulich, dass gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs dieser Steuerart zu verzeichnen ist. Mit einem Plus von Fr. 650'000 oder +66.32 % fällt dieser gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich stark aus und der Ertrag liegt im Jahr 2014 über dem 5-Jahresdurchschnitt von 1.53 Mio. Wie bereits letztes Jahr erwähnt, können die Ergebnisse dieser Steuerart je nach Veranlagungsstand und der verarbeiteten Fälle stark variieren. Da die ganze Veranlagungstätigkeit beim Kanton liegt, hat die Gemeinde keine grossen Einflussmöglichkeiten im Rahmen dieses Prozesses.

Zusammengefasst lässt sich folgendes Fazit ziehen:

«Verschnaufpause» 2014 dank Mehrwertabschöpfungen...

Rechnungsdefizit Fr. 0.29 Mio. versus Budgetdefizit von Fr. 2.40 Mio.

Eigenkapital sinkt von Fr. 6.02 Mio. auf Fr. 5.73 Mio.

Aber strukturelles Problem bleibt...

Die negative Entwicklung der Lastenausgleichssysteme zum Gemeindesteuerertrag verschärfen das strukturelle Problem.

Der finanzielle Spielraum (Selbstfinanzierung) der Jahresrechnungen 2012- 2014 (unter Ausklammerung der einmaligen Mehrwertabschöpfungen) ist im Vergleich zum Investitionsbedarf ungenügend.

Die Ergebnisse der Finanzplanung deuten auf eine weitere Verschlechterung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat, die Jahresrechnung (inkl. Produktgruppenrechnungen) zu genehmigen.

Franz Arnold: Es entspricht einem langjährigen Wunsch, dass die beiden Berichte zusammengelegt werden. Das Dokument liefert wertvolle Informationen. Es ist Geschichtsschreibung. Die Diskussionen über die Form des Dokumentes gehen auseinander. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass dieses Dokument nun wie gewünscht die notwendigen Informationen liefert. Es gibt aber auch Stimmen, welche finden, dass es ein Marketinginstrument mit entsprechendem Layout und Schwerpunktthemen der Gemeinde Spiez besser anstehen würde. Der Gemeinderat ist bereit, allfällige Meinungen zum Layout aufzunehmen.

Stellungnahme der GPK

Andreas Bürki: Die GPK empfiehlt, auf das Geschäft einzutreten. Allen Beteiligten, welche zu diesem Resultat beigetragen haben, wird bestens gedankt. Martin Peter und er haben das Geschäft bei Stefan Christen geprüft. Die Integration der beiden Geschäfte in ein Dokument wurde positiv aufgenommen. Das Geschäft wurde nach den üblichen Kriterien geprüft. Dazu gehören auch die Bestätigungsberichte des Revisionsorganes. Diese lauten durchwegs positiv.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Allgemeine Beratung

Fraktionssprecher

Hans Leuthold (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt von der Jahresrechnung 2014 Kenntnis und kann dieser zustimmen. Wie dies Ursula Zybach erwähnt hat, handelt es sich um Geschichtsschreibung. Freude kommt aber keine auf, wenn man die effektiven Zahlen betrachtet. Die SVP-Fraktion ist die einzige Partei, welche bei den Budgetberatungen 2014 und 2015 Farbe bekennt hat. Beim Budget 2014 hat die SVP-Fraktion dem Gemeinderat die gelbe Karte gezeigt und sich der Stimme enthalten. Beim Budget 2015 ging man einen Schritt weiter, da der Gemeinderat nicht lernfähig war. Dem Gemeinderat wurde die rote Karte gezeigt und das Budget 2015 wurde von der SVP-Fraktion abgelehnt. Wenn man sich vorstellt, dass der Gemeinderat die Geschäftsleitung eines Betriebes in der Privatwirtschaft (Export oder Tourismus) wäre, würde er die Aktien sofort verkaufen oder gar keine kaufen. Die Tourismusbranche und die Exportwirtschaft sind im August 2011 und am 15. Januar 2015 durch die Eurokursentwicklung stark erschüttert worden. Bei all diesen Diskussionen hat er nie etwas von Preiserhöhungen gehört. Die Geschäftsleitungen führten aus, dass man die Prozesse optimieren und Kosten sparen muss und dies notabene bei gleichbleibender Servicequalität. Von dieser Denkhaltung könnte sich der Gemeinderat ein Stück abschneiden und verinnerlichen. Die SVP-Fraktion hat an der GGR-Sitzung vom 2. März 2015 eine Motion eingereicht, welche vom Gemeinderat verlangt, wie man 5 % oder Fr. 2.1 Mio. einsparen soll. Es wäre ihm nicht bekannt, dass der Gemeindeglied auf dem Weg ins Büro überfallen worden und die Motion abhanden gekommen wäre. Am Dienstag berät die Finanzkommission das Budget 2016. Nun hat man nichts über die Motion gehört und es ist nichts passiert. Mit gesundem Menschenverstand hätte man erwarten können, dass der Gemeinderat beim Budget 2016 aufzeigt, wie er dies angehen will. Die gemeinderätliche Finanzchefin hat aber immerhin Ende November 2013 im Berner

Oberländer festgehalten, dass sie die Idee einer Steuererhöhung hat. Der Sonnenkönig Louis XIV (1638 – 1715) hat den Ausspruch geprägt „L'État c'est moi“. Der SVP-Fraktion kommt es manchmal so vor, als sei der Gemeinderat immun und er sei „L'État“. Die SVP-Fraktion dankt Stefan Christen und den Abteilungsleitern, welche zum Geld Sorge getragen haben.

Didier Bieri (SP): Die SP-Fraktion kann der Jahresrechnung und –bericht 2014 zustimmen. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass das Dokument gut ist. Dieses kann selbstverständlich noch weiterentwickelt und verfeinert werden. Man hat sich intensiv mit dem Dokument auseinandergesetzt. Es handelt sich um Geschichte und die Diskussion über das Budget soll nicht hier geführt werden. Faszinierend ist die grafische Darstellung bei den Produktgruppen, welche Aufgaben ausgeführt werden müssen und wo es Spielraum gibt. Es gab auch schon Diskussionen hier betreffend ein Monitoring. Man sieht hier, dass mehr oder weniger alles vorhanden ist.

Andrea Frost (FDP): Wie die Finanzvorsteherin bereits ausgeführt hat, ist die Jahresrechnung und –bericht vor allem Geschichte. Aber ohne Geschichte gibt es keine Zukunft. Es handelt sich um einen tollen, übersichtlichen Bericht. Es handelt sich um eine gute Arbeit. Budgetiert war ein Verlust von Fr. 2.4 Mio. Wir haben aufgrund der Mehrwertabschöpfungen trotzdem ein positives Ergebnis in Form eines Verlustes von Fr. 290'736.00 erreicht. Dies ist trotzdem ein positives Ergebnis. Dies aber nur Dank der Neueinzunungen, welche das Ergebnis stark verbessert haben. Es stehen noch weitere Mehrwertabschöpfungen an. Es ist aber bereits ein grosser Teil dieser Beiträge in der Rechnung enthalten. Eigentlich gebührt unser Dank den Stimmberechtigten, welche der Ortsplanungsrevision zugestimmt haben, den Investoren, welche neue Bauprojekte realisieren und der Gemeindebehörde, welche durch umsichtige Vorbereitung mitgeholfen haben, dass die Ortsplanungsrevision bei den Stimmberechtigten eine so klare Zustimmung gefunden hat. Trotz der Mehrwertabschöpfungen resultiert trotzdem noch ein Verlust. Die Gründe sind vielfältig. Ursula Zybach hat ausgeführt, dass wir über 57 % der Steuergelder oder fast Fr. 17 Mio. in den kantonalen Lastenausgleich abliefern müssen. Hier müssen wir uns schon fragen, was mit diesem Geld eigentlich gemacht wird. Das Steuersubstrat ist leicht gewachsen, stagniert aber. Der stetig sinkende Selbstfinanzierungsgrad führt dazu, dass wir Investitionen bald nur noch mit Fremdkapital finanzieren können. In einer Zeit mit tiefen- oder Minuszinsen ist die Finanzierung weniger problematisch. Wie sieht aber unsere Zukunft mit wachsenden Schuldenbergen aus? Der einzige Handlungsspielraum, welcher in unserem unmittelbaren Finanzierungseinfluss untersteht, sind nur noch das Bauen und die Verwaltung (Personal). Die grossen Kostentreiber Soziales, Bildung und Verkehr werden unserem finanziellen Einfluss immer mehr entzogen. Wir können nur noch um einzelne Haltestellen feilschen, um mehr oder weniger an den Lastenausgleich leisten zu müssen. Unser Hauptproblem ist der Kanton Bern nicht die eigene Gemeinde. Wir befinden uns jedoch dabei in guter Gesellschaft mit den übrigen 355 Gemeinden. Damit wir in Zukunft noch einen gewissen Handlungsspielraum haben, gibt es verschiedene Varianten. Eine Variante ist, dass wir an allen Ecken und Enden sparen. Wir haben aber bereits viel gespart. Wissen wir aber, wo die eigentliche „Luft“ noch vorhanden ist? Wir können die Steuern erhöhen, um eine kurzfristige Entlastung zu erreichen. Sind wir aber ehrlich. Damit treffen wir alle jene, welche in Spiez noch Steuern zahlen. Dies betrifft das mittlere und kleinere Gewerbe und die Industrie. Eine andere Variante ist die Schaffung einer Zukunftsstrategie für die Gemeinde, welche über attraktive Bedingungen verfügt. Wir haben eine ausgezeichnete Verkehrsanbindung, vorhandenes Bauland, intakte Infrastruktur, Schulen im Ort, funktionierende Verwaltung etc. Warum pushen wir uns nicht als Dienstleistungsstandort für Handel, Schulung und Weiterbildung. Sparen allein liegt aus Sicht der FDP-Fraktion nicht mehr drin. Steuererhöhungen wird sich die FDP-Fraktion so lange entgegensetzen, wenn diese isoliert und ohne Standortförderungskonzept daher kommen werden. Wir benötigen Wohnraum und Raum für Arbeitsplätze. Wir benötigen gute Steuerzahlende, welche hier in Spiez investieren. Wir müssen potenzielle Steuerzahlende nach Spiez holen. Eine Steuererhöhung wird niemanden nach Spiez locken. Wenn diese Massnahmen etwas kosten sollten, kann man darüber mit der FDP-Fraktion sprechen. Aber ohne Entwicklungskonzept kann sich die Gemeinde keine Steueranpassungen leisten. Diese würden ohne Zukunftsvision verpuffen und lediglich diejenigen belasten, welche dem Kanton und der Gemeinde die Treue gehalten haben. Deshalb ist es an der Zeit, für Spiez die Zukunft an die Hand zu nehmen. Wir haben so viel zu bieten, was wir in die Waagschale werfen können. Dazu gehört auch unsere funktionierende Verwaltung. Schaffen wir

einen Technopark in Spiez oder ein Wissenszentrum. Sparen alleine wird uns nicht weiter bringen. Packen wir Neues an und schaffen wir dazu die notwendigen Voraussetzungen. Die FDP-Fraktion wird der Jahresrechnung und –bericht 2014 zustimmen. Beim Budget 2016 wird man den Finger auf die Spiezer Zukunft legen.

Louise Bamert (FS/GLP): Auch der FS/GLP-Fraktion gefällt die Darstellung der Jahresrechnung und –bericht in einem Dokument. Das Ergebnis ist gelungen. Was die Jahresrechnung anbelangt, sind wir mit einem blauen Auge davon gekommen. Die Gründe wurden bereits erwähnt. Bei der Budgetdebatte wird man nicht darum herumkommen, geeignete Massnahmen für eine ausgeglichene Rechnung zu diskutieren. Die FS/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, die Jahresrechnung und –bericht 2014 zu genehmigen.

Heinz Egli (BDP): Die finanzielle Situation der Gemeinde ist angespannt. Die Aussichten sind nicht rosig. Der Jahresabschluss 2014 sieht nun besser aus. Statt eines Verlustes von Fr. 2.4 Mio. wird lediglich ein solcher von knapp Fr. 300'000.00 ausgewiesen. Der Grund dafür sind die Mehrwertabschöpfungen. Sonst würde die Rechnung anders aussehen. Die BDP-Fraktion nimmt vom Ergebnis Kenntnis und dankt allen Beteiligten insbesondere Stefan Christen und seinem Team für die gute Arbeit. Auch der Jahresbericht ist gut gelungen. Einzig das Vorwort könnte etwas konkreter und präziser sein. Der Gemeinderat führt aus, dass Massnahmen beschlossen worden sind, welche zum Erreichen der strategischen Ziele führen sollen. Es stellt sich die Fragen, welche Massnahmen dies sind. Es ist zu hoffen, dass der Sparwille des Gemeinderates über die strategischen Zielsetzungen des Gemeinderates hinausgehen wird und eine Verzichtplanung für eine ausgeglichene Gemeinderechnung getroffen wird. Wie dies bereits angetönt wurde, werden Motionen wohl bewusst etwas zurückgehalten. Das Monitoring wird benötigt, um einen Vergleich mit den umliegenden Gemeinden anzustellen. Dies wäre für das Budget 2016 hilfreich. Die BDP-Fraktion gibt jedoch die Hoffnung nicht auf, dass der Gemeinderat bezüglich Budget 2016 genau hinschauen und den Willen zum Sparen klar manifestieren wird. Es ist zu hoffen, dass die letztjährige Aufgaben- und Leistungsüberprüfung etwas gebracht hat. Er kann das Wort Lastenausgleich fast nicht mehr hören. Immer wieder kommt dies. Genau hier müssen wir aber hinschauen. Ähnliche Gemeinden wie Steffisburg, Münsingen, Lyss, Interlaken haben das gleiche Problem. Welche Massnahmen werden dagegen getroffen? Er appelliert an die kantonale Politik und auch an die hier anwesenden Vertreter des Kantonsparlamentes über den Lastenausgleich zu diskutieren. Wenn alle Gemeinden Leistungen bestellen, welche dem Lastenausgleich belastet werden, wird die Situation nicht besser. Er appelliert daran, dass man einmal etwas Lesen kann, was in diese Richtung geht. Er erinnert daran, dass auch diese Personen wiedergewählt werden wollen.

Markus Wenger (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und den Abteilungsleitern für die Erarbeitung und die Präsentation der Jahresrechnung und –bericht. Anstatt Fr. 2.5 Mio. Defizit resultiert ein solches von rund Fr. 300'000.00. Wenn man die einzelnen Konti betrachtet, sind Kostensenkungen erkennbar. Dafür ist die EVP-Fraktion sehr dankbar. In einigen Bereichen kann aber auch davon gesprochen werden, dass das „Glück des Tüchtigen“ dabei gewesen ist (z.B. Mehreinnahmen durch Mehrwertabschöpfungen und bei den Vermögensgewinnen etc.). Die EVP-Fraktion kann deshalb diesem Geschäft zustimmen. Bei der Statistik des Kantons war er erstaunt zu sehen, wie viele Leute in den letzten drei Jahren kalte Füsse gekriegt und deshalb Selbstanzeige gemacht und die versäumten Steuern nachgezahlt haben. Deshalb ist es wichtig, allen Spiezer Bürgerinnen und Bürgern herzlich zu danken, welche die Steuererklärung wahrheitsgetreu, detailliert und korrekt ausgefüllt haben und hier Steuern zahlen. Hier ist auch noch ein gewisses Potenzial vorhanden.

Allgemeine Diskussion

Benjamin Carisch: Er dankt bei allen Beteiligten für das Dokument und auch den Abteilungsleitern für ihre Sparbemühungen. Es besteht aber kein Grund, die Korken knallen zu lassen. Wir haben ein Problem, welches immer noch vorhanden ist. Wir haben Glück gehabt, dies ist erfreulich.

Im Jahr 2014 wurde mit weniger Personalaufwand der Laden am Laufen gehalten. Wir haben auch gehört, dass im Jahr 2015 wieder einige Stellen dazu gekommen sind und noch dazu kommen werden. Die Jahresrechnung hätte auch mit einem Defizit zwischen Fr. 2.1 – 2.4 Mio. abschliessen können. Die Gemeindekasse hatte einige positive Auswirkungen wegen der Ortsplanungsrevision. Dies ist aber keine Grundlage für die Folgejahre und um Investitionen zu tätigen. Auch gestützt auf die Entwicklungen der Ortsplanungsrevision werden in Zukunft mehr Leute in Spiez wohnhaft sein, welche auch Steuern bezahlen werden. Wir benötigen aber ein festes Fundament für unsere Finanzen. Wir haben dies aber nicht und müssen weiter sparen und dranbleiben. Wir müssen schauen, was wir machen können. Wir kommen nicht darum herum, auch über Steueranpassungen zu diskutieren. Man ist gespannt, welche Ergebnisse die Verhandlungen der Finanzkommission zum Budget 2016 bringen werden. Man darf nicht immer dem bösen Kanton die Schuld geben, wenn man selber die Steuern senkt. Die EDU hat sich damals auch dafür ausgesprochen. Nun gilt es aber hinzustehen und zu sagen, dass man vielleicht von einer falschen Annahme ausgegangen ist. Wir würden nicht wahnsinnig viel verlieren, wenn wir auf das Niveau von 2012 zurückgehen würden. Im Kantonalen Vergleich sind wir im unteren Mittelfeld mit unserem Steuersatz. Mit einer moderaten Anpassung wären wir immer noch im Mittelfeld. Spiez ist attraktiv und hat viel zu bieten und eine Anpassung des Steuersatzes hält niemanden davon ab, nach Spiez zu ziehen. Umstrukturierungen benötigen Zeit, diese haben wir nicht. Deshalb müssen wir in diesem Bereich schauen, dass wir etwas Zeit gewinnen. Er hofft, dass man konstruktiv in die Zukunft schauen kann, um in einem oder zwei Jahren ein ausgeglichenes Budget zu erreichen.

Walter Holderegger: Er hat gestaunt als Hans Leuthold die Vergleiche mit der Privatindustrie, Banken und Tourismus, vorgebracht hat. Die Gemeinde ist keine Bank oder KMU. Es handelt sich um ein öffentliches Unternehmen, welches breite andere Interessen vertritt als ein privates Unternehmen. Er staunt, dass Banker so argumentieren. Er ist erfreut über das Votum von Andrea Frost betreffend die Vorwärtsstrategie, welche die Gemeinde braucht. Er hofft, dass nun neuer Wind von der FDP in die Diskussionen eingebracht wird und eine Steuererhöhung nicht ausgeschlossen wird, wenn die entsprechenden Ziele formuliert werden. Es muss noch abgeklärt werden, wie die verbleibenden 43 %, über welche wir selber entscheiden, besser eingesetzt werden können. Er wünscht sich für das Budget 2016 in welche Richtung wir vorwärts gehen wollen und ob allenfalls auch eine Steuererhöhung in Betracht gezogen werden muss.

Ulrich Zimmermann: Wenn so von Vorwärtsstrategien die Rede ist, darf man eines nicht vergessen. Es geht nicht nur um unsere Steuern. Die Eigenmietwerte steigen auch in Spiez an. Es wird immer mehr ausgegeben. Was bleibt uns Privaten am Schluss noch?

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 f) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

Die Jahresrechnungen des Jahres 2014 sowie der Jahresbericht 2014 werden genehmigt.

208 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten

Regionale Zusammenarbeit

Franz Arnold: Der GGR wurde bereits an der Sitzung vom 2. März 2015 über dieses Thema informiert. Wie der Tagespresse entnommen werden kann, hat der Regierungsrat das weitere Vorgehen bezüglich Regionalkonferenz beschlossen. Der Regierungsrat führt aus, dass auf eine Anpassung des Perimeters der Regionalkonferenz Thun-Oberland West verzichtet wird. Im Gegensatz dazu wird die Auswertung über das Projekt SARZ (Strategie über die Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit) vorgezogen. Die Auswertung wird Ende 2016 vorliegen. So gesehen ist es nicht möglich, dass vorgängig eine Abstimmung über einen anderen Perimeter stattfinden wird. Der Regierungsrat wird die Perimeterfrage erst wieder behandeln, wenn die Auswertung über das Projekt SARZ vorliegt.

Komitee Lötschberg

Die Gemeinde Spiez ist Mitglied im Komitee Lötschberg. Dieses Komitee kümmert sich um die Lötschbergachse. Die Linie ist sehr stark ausgelastet und kommt mit ihrer Kapazität an ihre Grenzen. Das Komitee Lötschberg hat eine Studie in Auftrag gegeben. Dabei wurden verschiedene Varianten geprüft. Ausbau des Tunnels Ferden-Mitholz, Vollausbau Ferden-Frutigen oder einen etappierten Vollausbau. Die Studie ergab, dass der Vollausbau die einzige richtige Variante am Lötschberg wäre. Das Komitee Lötschberg ist entschlossen, zusammen mit den politisch Verantwortlichen in diese Richtung zu stossen, damit der doppelspurige Vollausbau realisiert werden kann.

ABC-Labor

Am letzten Freitag/Samstag hat das ABC-Labor zum Tag der offenen Tür eingeladen. Das Labor beschäftigt 104 Personen in den unterschiedlichsten Berufen. Das ABC-Labor ist für die Gemeinde Spiez und die Region eine sehr wichtige Institution. Es ist wichtig, dass man mit solchen Firmen einen guten Umgang pflegt.

209 1.304 Einfache Anfragen Sandanlage Spiez / Einfache Anfrage P. Bürchler (BDP)

Patrick Bürchler: Ein paar Tage vor der erfolgreichen Eröffnung der Sandanlage spazierte er durch die Bucht. Dabei sah er sich die praktisch fertige Sandanlage genauer an. Ihm fielen (von blossem Auge) diverse Baumängel auf. Hier einige Mängel die ihm aufgefallen sind:

- Ganz viele Stellriemen die, die Anlage umranden sind schlecht gesetzt. Sie sind nicht gerade, nicht rechtwinklig usw.
- Auch die Folie unter dem Sand wurde seines Erachtens "lausig" verlegt.
- Der Rasen auf der Seite der Badi bei den Föhren wurde ziemlich laienhaft angesät. Professionell sieht anders aus!

Deshalb bittet er um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum wurde der Auftrag an eine Zürcher Garten und Anlagen Bau Firma vergeben und weshalb kein einheimisches Unternehmen berücksichtigt?
2. Wurden die Bauarbeiten überhaupt überwacht? Falls ja, von wem wurden sie überwacht?
3. Sind die Baumängel nicht schon während der Bauarbeiten aufgefallen?
4. Was unternimmt der Gemeinderat gegen die Baumängel?

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Sie dankt Patrick Bürchler für die Einfache Anfrage. Die GGR-Mitglieder dürfen sich immer bei der Gemeindeverwaltung und den zuständigen Personen erkundigen. Die Fragen können wie folgt beantwortet werden:

1. Vor der Ausschreibung wurden die Spiezer Gartenbaufirmen angefragt, ob sie die Arbeiten ausführen können. Man hat ihnen die Unterlagen mit Umfang und Zeitplan vorgelegt. Beide Firmen (Oesch Gartenbau und Ziegler) haben keine Eingaben gemacht. Die Submissionsunterlagen wurden drei spezialisierte Gartenbaufirmen im Einladungsverfahren unterbreitet. Den Zuschlag erhielt die Firma Göldi AG in Flurlingen. Die Tiefbauarbeiten hat die Firma Isenschmid AG, Thun, erhalten. Es handelt sich um ein transparentes Verfahren.
2. Es ist klar, dass die Bauarbeiten überwacht wurden. Daniel Wyss, Dienstchef Liegenschaften, kommt vom Fach und weiss um was es geht. Ausserdem hatte man mit der Firma Steiner & Partner, Uetendorf, eine Projektleitung. Das Projekt wurde also überwacht.
3. In drei bis vier Wochen findet die Schlussabnahme der Anlage statt. Dort wird bestimmt, ob es Baumängel gibt und wie diese allenfalls behoben werden müssen.
4. Der Gemeinderat unternimmt nichts gegen allfällige Baumängel. Dies wird durch den Dienstchef Liegenschaften festgelegt, verhandelt und allenfalls in Auftrag gegeben.

Patrick Bürchler zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

210 1.304 Einfache Anfragen

Parkplatzsituation Oberlandstrasse 12 und 14 / Einfache Anfrage M. Peter (BDP)

Ausführungen des Gemeinderates

Klaus Brenzikofer: Zur schriftlich vorgelegten Antwort des Gemeinderates gibt es nicht mehr viel anzufügen. Der Gemeinderat fördert die Parkplatzsituation zum Teil mit dem Projekt Let's swing. In der Nähe des Zentrums sollen gewisse Parkplätze während der ersten Stunde gratis zur Verfügung gestellt werden. Aktuell liegt jedoch gegen dieses Projekt eine Beschwerde vor und es ist nicht klar, wie lange dieses verzögert wird. Ein weiterer politischer Vorstoss betreffend Mulde ist in Vorbereitung. Auch der Gemeinderat hat Massnahmen ergriffen und wird abklären lassen, was im Zentrum besser gemacht werden kann. Eine dieser Fragen wird auch das Parkplatzproblem betreffen. Bei so vielen laufenden Verfahren ist es wohl verständlich, dass keine grosse Aussage betreffend die Förderung von Parkplätzen gemacht werden kann.

Martin Peter zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

211 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Schuldenplafonierung / Motion SVP-Fraktion (R. Thomann)

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Bei dieser Motion ist der Gemeinderat der Ansicht, dass diese nicht zu überweisen ist. Das Problem stellt der fixe Frankenwert dar. Das Steuerungsinstrument ist ungeeignet. Die Umsetzung kann nicht mit einem einfachen Beschluss vollzogen werden. Es müsste eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

Fraktionssprecher

Markus Wenger (EVP): Die EVP-Fraktion ist erfreut, dass auch bei der SVP-Fraktion die Enkeltauglichkeit ein Thema der Zukunft ist. Man freut sich auf den zukünftigen Weg. Grundsätzlich ist die Idee, keine neuen Schulden dulden, etwas Tragendes. Wir wollen unseren Grosskindern keine neuen Schulden hinterlassen. Wir hatten heute Abend einen Anschauungsunterricht, wo hin eine solche fixe Schuldenbremse hinführen kann. Bei Schulden von Fr. 24.5 Mio. hätte der Gemeinderat keine Möglichkeit, eine Liegenschaft zu kaufen, wie wir dies heute Abend beschlossen haben. Die EVP-Fraktion will keine zusätzlichen oder neuen Schulden, aber nicht mit einer fixen Limite. Dem Gemeinderat und dem GGR sollte man vertrauen, dass die richtigen Entscheide getroffen und die notwendigen Massnahmen eingeleitet werden. Die EVP-Fraktion kann trotz dem sympathischen Anliegen die Motion nicht unterstützen.

Albert Trummer (SP): Er weiss fast nicht was er zu diesem Konstrukt sagen soll. Gemäss Art. 28 der Geschäftsordnung des GGR wird der Gemeinderat mit einer Motion verpflichtet, eine Vorlage oder einen Antrag zu unterbreiten oder bestimmte Massnahmen zu treffen. Der Gemeinderat muss in dieser Sache auch zuständig sein. Hat er etwas verpasst, dass neu der Gemeinderat und nicht mehr der GGR für das Budget und somit für die Schulden zuständig sein soll. Dass die Schulden nicht mehr über Fr. 25 Mio. steigen sollen, bedeutet, dass nur noch wenig bis gar nichts mehr investiert werden kann. Schulden sagen nichts über die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde aus. Solange man die Schuldzinsen bezahlen kann, schmerzen Schulden nicht. Sonst müsste man eher den Aufwand für die Schuldzinsen plafonieren. Der SP-Fraktion will es nicht einleuchten, warum mit dieser Motion der Gemeinderat beauftragt werden soll, eine Schuldenplafonierung einzuhalten. Schlägt wohl die SVP-Fraktion damit den „Sack“ und meint den „Esel“ mit dieser Motion. Der „Esel“ wäre ja der GGR. Die SP-Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, dass dem GGR mit dem von der SVP verlangten NPM-Modell ein Instrument zur Verfügung steht, welches aufzeigt, was wie viel kosten darf. Wir legen fest, welchen Standard wir wollen. Für die Genehmigung des Budgets, welches auch die voraussichtliche Verschuldung festlegt, liegt vor einem allfälligen Referendum das letzte Wort beim GGR. Was soll nun der Gemeinderat mit dieser Motion unternehmen, wenn diese überwiesen würde und der GGR als zuständiges Organ die Schulden über Fr. 25 Mio. ansteigen lassen würde, wenn er entsprechenden Vorhaben zustimmt? Er lässt solche Gedankenspiele lieber sein. Er wünscht sich vom Gemeinderat, mehr Mut Vorstösse, welche gemäss Geschäfts- oder Gemeindeordnung nicht zulässig sind, nicht anzunehmen und nicht darauf einzutreten. Die SP-Fraktion beantragt, die Motion nicht überweisen zu lassen.

Martin Peter (BDP): Die BDP-Fraktion hat festgestellt, dass die Gemeinde Spiez nicht die einzige Institution mit einer Schuldenbremse wäre. Bund und Kanton haben diese eingeführt. Beim Bund heisst es sogar, dass sich diese bewährt hat. Die Schuldenbremse beim Kanton ist etwas flexibler gestaltet, als dies mit der Motion der SVP-Fraktion verlangt wird. Diese ist nicht mit einem fixen Betrag festgelegt. Es ist eine gewisse Quote mit einem Koeffizient verbunden, welcher flexibel gestaltet werden kann. Wir müssten uns auch auf eine flexible Höhe festlegen können. Die Schuldenbremse müsste in einem Verhältnis zum Beispiel zum Eigenkapital festgelegt werden. Die BDP-Fraktion kann der Motion zustimmen, als Zeichen dafür, dass sie in die richtige Richtung zielt.

Rudolf Thomann (SVP): Die abgegebenen Stellungnahmen sind äusserst interessant. Es wäre eine interessante Möglichkeit, die Zinsen zu plafonieren, wie dies Albert Trummer ausgeführt hat. Die SVP-Fraktion hat nicht einfach so eine Motion eingereicht ohne etwas zu studieren. Abklärungen haben ergeben, dass man die Motion in dieser Form überweisen kann. Dass man anschliessend eine Volksabstimmung durchführen muss, damit dies in der Gemeindeordnung so verankert werden kann, ist kein Problem und hat man dies gewusst. Ursula Zybach hat bei der Erklärung zur Jahresrechnung 2014 aufgezeigt, dass je nach „Brille“ die man trägt, uns Geld fehlen wird und zwar massiv. Lösungsansätze erwartet man an einer der nächsten Sitzungen. Das Wort Enkeltauglichkeit ist vielversprechend. Wir wollen unseren Enkeln kein finanzielles Fiasko hinterlassen. Es ist deshalb dringend notwendig etwas zu unternehmen. Geben wir doch einfach nur noch das aus, was wir uns auch leisten können. Fast alle machen dies auch privat so. Wir müssten den

Steuersatz um rund 3 Steuerzehntel erhöhen um auf den Stand des Jahres 2009 zu kommen. Zur Erinnerung ein Steuerzehntel entspricht rund Fr. 1.5 Mio. Zu einer attraktiven Gemeinde passt ein hoher Steuersatz nicht. Fazit: Es muss unbedingt etwas auf der Ausgabenseite getan werden. Deshalb bittet er, der Überweisung der Motion Schuldenplafonierung zuzustimmen. Sollte keine Mehrheit gefunden werden, kann man sicher sein, dass die SVP-Fraktion mit einem anderen Vorstoss in welcher Form auch immer kommen wird.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der SVP-Fraktion (R. Thomann) betreffend Schuldenplafonierung wird nicht überwiesen.

212 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Prüfung des Verkaufs der nicht von der Gemeinde genutzten Räumlichkeiten im GZ Löttschberg / Motion FS/GLP-Fraktion (P. Hutzli)

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Auch bei dieser Motion beantragt der Gemeinderat, die Motion nicht zu überweisen. Die Aufteilung und Abtrennung dieses Gebäudes in öffentliche und nicht öffentliche Bereiche ist schwierig. Das Gebäude wurde sehr verschachtelt gebaut und auch die Haustechnik ist komplex. Es gäbe auch sehr viele Unklarheiten bei anstehenden Renovationen. Den Motionären wird für die Motionen gedankt. Es ist wichtig, bei der heutigen Finanzsituation über gewisse Sparmassnahmen nachzudenken. Der Gemeinderat schätzt es, dass man mitdenkt und sich Überlegungen macht. Der Gemeinderat ist gespannt, welche weiteren Überlegungen eingebracht werden. Motionen werden nie leichtfertig zurückgewiesen. Der Gemeinderat will auch sparen.

Stellungnahme der Motionärin

Pia Hutzli: Die FS/GLP-Fraktion hat die Motion eingereicht, da man Möglichkeiten zum Sparen gesucht hat. Es ist enorm schwierig, solche Möglichkeiten zu finden. Sparen ist nicht attraktiv und niemand will dies. Bei der Motion ging es darum, zu prüfen, ob Teile des Gemeindezentrums Löttschberg verkauft werden können. Es wurde vom Gemeinderat aufgezeigt, warum dies nicht möglich ist und die Gründe sind nachvollziehbar. Deshalb hat die FS/GLP-Fraktion den Entscheid gefällt, die Motion **zurückzuziehen**.

213 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Abschaffung NPM / Motion FDP-Fraktion (R. Schmutz)

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Es ist ausführlich schriftlich dargelegt, warum die Motion nicht überwiesen werden soll. HRM2 und NPM können nicht miteinander vermischt werden. Der GGR wird an einer nächsten Sitzung noch mehr zum Thema HRM2 hören. Die Führung der Gemeinde nach NPM war kein „Hüftschuss“ des Gemeinderates oder der Verwaltung sondern ein längerer Prozess, welchem auch das Spiezer Volk zugestimmt hat. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass NPM das richtige Modell für die Gemeindeführung ist und will an diesem auch festhalten.

Stellungnahme des Motionärs

Rolf Schmutz: Die Eingabe wurde eingereicht, damit das Anliegen geprüft wird. Die Antwort liegt vor. Die Idee war, dass die Verwaltung entlastet wird. Die Auffassung ist unterschiedlich, und wir werden sehen was herauskommt. Die Motion wird nicht zurückgezogen.

Fraktionssprecher

Matthias Maibach (FS/GLP): HRM2 ist ein Rechnungslegungsmodell und hat nichts mit NPM zu tun. Wir können es uns nicht leisten, ein solch grosses Projekt wieder abzuschaffen.

Walter Holderegger (SP): Die SP-Fraktion ist der gleichen Ansicht, die Motion nicht zu überweisen. Wir haben seit dem Jahr 2000 das NPM-Modell. Es gab diverse Veranstaltungen, Instruktionen etc. dazu. Wir haben geübt an diesem Modell und das Volk hat zugestimmt. Es ist nicht klug, NPM über Bord zu werfen, nur weil ein neues Rechnungsmodell eingeführt wird. Man soll an diesem Modell festhalten. Man hat sich nun eingelebt und NPM soll bestehen bleiben. HRM2 ist ein völlig anderes Modell als NPM und darf nicht vermischt werden. Es ist deshalb richtig, an NPM festzuhalten.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der FDP-Fraktion (R. Schmutz) betreffend Abschaffung NPM wird nicht überwiesen.

214 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen Stellenetat der Gemeinde / Motion FDP-Fraktion (R. Werren)

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Es wurde heute bereits ausgeführt, dass der Gemeinderat etwas mutiger sein soll und Motionen, welche als unecht zu taxieren sind, nicht überweisen zu lassen. Unter den gegebenen Umständen und dem wichtigen Thema des Stellenetats, wäre es zu kurz gegriffen, nichts zu diesem Thema auszuführen. Bezugnehmend auf NPM besteht das Prinzip, dass wir gewisse Wirkungen erzielen wollen, mit den Massnahmen, welche wir beschliessen. Schlussendlich muss der Gemeinderat sagen, mit wie viel Personal diese Aufgaben erfüllt werden können. Es darf auch nicht ausser acht gelassen werden, dass es bei der Gemeindeverwaltung schwierig ist, in gewissen Bereichen gut qualifiziertes Personal zu finden. Der Gemeinderat versucht bei der Besetzung dieser Stellen grosse Sorgfalt walten lassen. Gemäss Gemeindeordnung fällt aber diese Aufgabe abschliessend dem Gemeinderat zu und deshalb kann die Motion nicht überwiesen werden.

Stellungnahme des Motionärs

Rino Werren: Franz Arnold hat das Anliegen sehr gut erläutert. Er ist aber nicht gleicher Meinung und auch mit der Qualität der Antwort nicht ganz glücklich. Er ist nicht ganz sicher, ob der Motionstext richtig verstanden wurde. In der Motionsantwort des Gemeinderates steht: „Der Motionär möchte Einfluss nehmen auf etwas, das abschliessend in die Kompetenz des Gemeinderates fällt. Es handelt sich somit um eine unechte Motion, weshalb dem GGR zu beantragen ist, die Motion nicht zu überweisen.“ Es sind zwei Fragestellungen in der Motion enthalten. Aus seiner Sicht wird damit auch nicht die Kompetenz des Gemeinderates untergraben oder angetastet. Die beiden Fra-

gen sind in der Antwort des Gemeinderates im Grundsatz beantwortet. Vom Detaillierungsgrad hätte er sich mehr gewünscht. Die Stellenprozente sind in Spiez in aller Munde. Niemand weiss, was die Stelle im HR genau macht. Die beiden Fragen wurden beantwortet und somit ist die Aufgabe erfüllt und die Motion kann als erfüllt abgeschrieben werden.

Fraktionssprecher

Anna Fink (EVP): Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass das Bewusstsein für eine effiziente Aufgabenerfüllung in den Abteilungen und im Gemeinderat vorhanden ist. Dies zeigt auch der Jahresbericht. Die Schaffung von neuen Stellen ist mit Mehrkosten verbunden. Durch diese Stelle wird aber mehr Qualität und Effizienz erreicht und längerfristig können Kosten eingespart werden. In diesem Bereich sind starre Vorgaben nicht hilfreich. Die EVP-Fraktion teilt die Ansicht des Gemeinderates, dass man flexibel auf neue Umstände reagieren kann und lehnt die Überweisung der Motion ab.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der FDP-Fraktion (R. Werren) betreffend Stellenetat der Gemeinde wird nicht überwiesen.

215 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Attraktives Ortszentrum Spiez / Motion SP-Fraktion (M. Hayoz Wagner)

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Konzept zur Revitalisierung des Ortszentrums Spiez vorzulegen. Dieses umfasst mindestens den im beigeschlossenen Plan rot eingezeichneten Perimeter. Ausgangsbasis bildet eine Analyse des Ist-Zustands und des Entwicklungspotenzials. Der darauf abgestützte Massnahmenplan, der anschliessend u.a. als Basis für Verhandlungen mit den involvierten Parteien dient, ist innert einem halben Jahr dem GGR vorzulegen.

Begründung:

Bereits im 2006 hat der GGR eine Motion überwiesen, welche die Erweiterung der Kernzone forderte, mit dem Ziel im Bereich des Kronenplatzes einen Begegnungsort zu schaffen. Die SMAG hat 2010 durch Gruppengespräche „Standort Spiez“ u.a. folgende Schwachstellen aufgedeckt:

- Wirtschaft: Verzettelung des Einkaufsangebots, kein Zentrum
- Wohnen: Zentrum fehlt (Dorfplatz, Begegnungsstätte)
- Tourismus: kein Zentrum, keine Flaniermeile

Die Revitalisierung des Ortszentrums Spiez entspricht also einem breit abgestützten Bedürfnis.

Zur Wiederbelebung des Ortszentrums sind einige Voraussetzungen erforderlich:

- Die konsequente Mobilisierung der inneren Reserven sowie eine hochwertige Entwicklung und Erneuerung mit einer standortgerechten Nutzungsdurchmischung
- Das Schaffen von Begegnungszonen (unter Einbezug von „Let`s swing“)
- Das Lösen der Verkehrs- und Parkplatzkonflikte

Das aktuelle Bauvorhaben „Wohn- und Geschäftshaus Lörtscherweg 1“ zeigt, dass eine solche Entwicklung des Ortszentrums mit der letzten OPR nicht genügend gesichert worden ist.

Der Motionärin ist bewusst, dass die erst Ende 2013 verabschiedete OPR den Handlungsspielraum der Gemeinde stark einengt (Planungssicherheit). Allerdings ist sie überzeugt, dass sich zu-

sammen mit den Direktbetroffenen gute Lösungen realisieren lassen, sobald für alle Beteiligte klar ist, mit welchen Massnahmen die Gemeinde welche Ziele erreichen will.

Wie erst vor kurzem bekannt wurde, hat der Gemeinderat bereits den Auftrag zu einer „Stadtanalyse“ erteilt. Diese zeigt, dass auch er nicht glücklich ist, über die mögliche Entwicklungen im Ortskern. Diese Bestandesaufnahme ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Deren Ergebnisse sollen u.a. als Grundlage für den geforderten konkreten Massnahmenplan dienen. Erst dieser wird den Behörden ermöglichen, in Zukunft im Ortszentrum zielgerichtet zu agieren; heute müssen sie reagieren.

Die Motionärin: M. Hayoz Wagner und 9 Mitunterzeichnende.

Ergänzungen der Motionärin

Marianne Hayoz Wagner: Andrea Frost hat vorhin aufgezählt, was Spiez attraktiv macht. Sie hat aber das Ortszentrum nicht aufgezählt. Dieses haben wir ja auch nicht. Andreas Grüning hat erklärt, dass Spiez nicht zu einem Provinzort verkommt. Ihre Motion ist eine Antwort darauf. Trotzdem fragt man sich vielleicht, ob es diese Motion benötigt. Es braucht die Motion aus zwei Gründen. Erstens ist es ein Bedürfnis der Spiezer Bevölkerung, welches aufgenommen wird. Zweitens haben bis zum heutigen Zeitpunkt die verantwortlichen Behörden in Spiez wenig oder zu wenig dafür getan für ein attraktives Ortszentrum. Das Ziel der Motion ist eine bewusste, zielorientierte und nachhaltige Ortskernentwicklung. Damit kann ein attraktives Ortszentrum in Spiez gesichert werden. Deshalb fordert die Motion vom Gemeinderat endlich aktiv zu werden und in einem ersten Schritt eine ernsthafte Abklärung der Handlungsmöglichkeiten seitens der Gemeinde im Ortskern zu veranlassen. In einem zweiten Schritt soll darauf basierend im Hinblick auf ein vitales Ortszentrum ein konkreter Massnahmenplan erstellt werden. Dieser Massnahmenplan dient der zuständigen Behörde als Instrument im Zentrum zielgerichtet aber vor allem auch verlässlich zu reagieren. Vor allem auch die Geschäftsbesitzer und Eigentümer im Zentrum sind auf die Verlässlichkeit angewiesen. Es ist auch wichtig auszuführen, dass es sich bei der Motion um ein siedlungsplanerisches Anliegen handelt. Bei der Siedlungsplanung spricht man von einem Zeithorizont von 10 – 15 und mehr Jahren. Rom wurde auch nicht in einem Tag gebaut. Umso wichtiger ist es aber, dass die verantwortliche Behörden wissen, wohn die Reise führt. Nur so wird sichergestellt, dass die einzelnen Schritte in die richtige Richtung geführt werden. Es scheint, dass für die Bevölkerung, den GGR und den Gemeinderat die Zielsetzung für ein attraktives Ortszentrum klar ist. Aber ein Grundsatzentscheid wurde bis heute keiner gefällt. Auch die vom Gemeinderat veranlasste Stadtanalyse ist ein Anfang und kein Grundsatzentscheid für die Zukunft des Ortskerns. Die wegweisenden Entscheide müssen die Verantwortlichen selber treffen. Hier ist auch das Parlament in der Pflicht, möglichst rasch Stellung zu beziehen zu einem Bekenntnis für oder gegen ein attraktives Ortszentrum.

216 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Partizipations-Motion für AusländerInnen / Motion GS (A. K. Zeilstra)

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Grundlagen aufzubereiten, damit die in Spiez wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer politisch partizipieren können. Als Beispiel dient das Partizipationsreglement der Stadt Bern.

Begründung:

Mehrere Kantone unterstützen die politische Teilhabe, indem sie für Ausländerinnen und Ausländer das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler bzw. kantonaler Ebene eingeführt haben. Im Kanton Bern und seinen Gemeinden ist dies leider nicht möglich.

In der Stadt Bern konnte die Bevölkerung nun aber über das Partizipationsreglement abstimmen. Dieses beinhaltet, dass Ausländerinnen und Ausländer eine Motion beim Stadtrat einreichen kön-

nen und somit eine Möglichkeit haben, ihre Meinung einzubringen und sich am politischen Leben zu beteiligen.

Der Ausländeranteil der Spiezer Bevölkerung beträgt ca. 9 % (Stand 2013). Diese arbeiten, zahlen Steuern und tragen wesentlich zur Vielfalt und zum Wohlstand unserer Gemeinde bei. Trotzdem sind sie nach wie vor von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen. Die Partizipationsmotion wäre ein minimalstes Mittel, damit die ausländische Wohnbevölkerung von Spiez trotzdem ein Stück weit am politischen Leben teilhaben und auf institutionalisiertem Weg ihre Anliegen einbringen kann.

Durch so eine Partizipationsmöglichkeit könnte auch in Spiez die Mitwirkung und somit auch die Integration von Ausländerinnen und Ausländern gefördert werden.

Die Motionärin: A. K. Zeilstra und 12 Mitunterzeichnende

Ergänzungen der Motionärin

Anna Katharina Zeilstra: Sie hat diese Partizipations-Motion eingereicht. Es geht nicht darum, das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene einzuführen. Das Instrument schafft zwar den direkten politischen Zugang, aber es beinhaltet nicht das Mitentscheidungsrecht. Die ausländische Wohnbevölkerung kann sich ein Stück weit Gehör verschaffen. Mit dieser Motion verbessert man die Mitwirkungsmöglichkeiten von Ausländerinnen und Ausländern. Man lädt diese ein, sich am politischen Leben zu beteiligen und ihre Meinung einzubringen. Aus ihrer persönlichen Sicht ist dies sehr wichtig, um die Integration zu fördern.

Schluss der Sitzung: 21:45 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident

Der Protokollführer

J. Staudenmann

A. Zürcher